

Unsere Themen

Der Stoffel bleibt grün! Seite 1

Kinderbetreuung JA! Seite 2

Schulpflege – Erneuerungswahlen Seite 3

Temporär – aber hochaktuell Seite 3

Der Seeuferweg gehört an den See Seite 4

KEINE SALAMITAKTIK

Der Stoffel bleibt grün!



Es wird Zeit, dass diese grüne Lunge zwischen der Au und Wädenswil gesichert wird!

SEPP DORFSCHMID

Die SP Wädenswil hat sich in den letzten Jahrzehnten wiederholt für den Erhalt des einmaligen Gebiets «Stoffel» einsetzen müssen. Jetzt ist die Zeit reif für eine definitive Freihaltung.

Bereits 1972 lehnte die Gemeindeversammlung einen Antrag ab, im Stoffel eine Zone mit bis zu sechs möglichen Geschossen zuzulassen. Da noch andere positive Entscheide gefällt wurden, zogen Hans Schulthess und sein SP-Kollege ihre Initiative zur Bildung von Rückstellungen zur Schaffung und Erhaltung von Grün- und Freihaltezonen zurück.

So richtig turbulent wurde die Diskussion um den Stoffel ab 1979 geführt. Als Folge der neuen Raumplanungs-Gesetzgebung mussten ein Richtplan festgelegt sowie Zonenplan und Bauordnung überarbeitet werden. Auf die Schriftliche Anfrage von Ulrich Baumgartner (SP) betreffend Planung im Stoffel antwortete der Stadtrat unter anderem: «Die Behörden haben zur Kenntnis genommen, dass Bestrebungen im Gange sind, Teile des Gebiets von der Bebauung freizuhalten».

DRUCK DER SP BRINGT RUHE IM STOFFEL

Wichtig dann die Sitzung des Gemeinderates vom

17. März 1980 zur Stossrichtung in der Richtplanung. Der Stadtrat wollte nur relativ kleine Flächen einer Reservezone zuteilen. Dank dem Einsatz von SP und LdU wurde die Grösse der Reservezone erhöht und der Stadtrat gab das Versprechen ab, dass bis zum Abschluss der Richtplanung jedes Baugesuch im Stoffel abgelehnt werde.

Die Gefahr der Überbauung war aber keineswegs gebannt. Darum

gründeten Leute aus SP, LdU und EVP das Komitee «Pro Stoffel». Nicht zuletzt dank diesem Druck konnte der damalige Stadtrat dazu bewegt werden, bei der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) ein Gutachten zur Beurteilung der Planungssituation im Stoffel in Auftrag zu geben. Dieses kam zum Schluss, dass eine vollständige Zuweisung des Stoffels zur Reservezone raumplanerisch richtig sei und nicht zu berechtigten Entschädigungsforderungen führen könne. Dies ebnete den Weg, dass der Richtplan am 15. März 1982 so festgesetzt wurde, dass der ganze Stoffel in die Reservezone zu liegen kam. Und am 5. November 1984 beschloss der Gemeinderat auf Antrag des Stadtrates (Sprecher Hans Schulthess, SP) der damaligen Grundeigentümerin 3.5 Hektaren Land abzukaufen. Später konnte sogar das Stück gegen die Zugerstrasse hinauf in die Landwirtschaftszone umgezogen werden.

Damit kehrte vorerst Ruhe ein im Stoffel. Und ruhig blieb es bis vor wenigen Wochen, sieht man von einigen kleinen Scharmützeln um den Ausbau der Tiefenhofstrasse und einem Projekt für eine Privatklinik ab: Das Gras wuchs, die Kühe weideten und spazierende Leute freuten sich.

...weiter auf Seite 2

Stadtpark

Initiative der SP übergeben



Jonas Erni, SP-Gemeinderat und Präsident des Initiativkomitees, konnte Stadtpräsident Philipp Kutter am 27. April 2010 die 710 Unterschriften zur Volksinitiative für einen Stadtpark überreichen. Die Initiative verlangt, dass der Stadtrat mit den Landbesitzern an der Oberdorfstrasse Verhandlungen aufnimmt mit dem Ziel, dort in Zusammenarbeit mit der Hochschule einen Stadtpark einzurichten und zu betreiben.

www.spwaedenswil.ch

13.06.2010



kinderbetreuung JA!

Am 13. Juni 2010: 2x Ja zu Initiative und Gegenvorschlag; Stichfrage: Volksinitiative.

Lesen Sie auf Seite 2 den Artikel von Julia Gerber

Stoffel bleibt grün! Die Initiative.

**Helfen Sie die grüne Lunge Wädenswils zu schützen:
Ein Unterschriftenbogen liegt diesem So! bei.**

ZÖGERLICHE FLICKWERK-POLITIK DES STADTRATS Leider sind Reservezonen nichts Definitives! Und wer den Zonenplan genau anschaut, sieht oberhalb der Häuserzeile an der Weingartenstrasse einen unüberbauten Streifen W2-Zone, der noch etwas verbreitert bis zur Tiefenhofstrasse führt. Veränderte Privatverhältnisse bringen nun wieder Zündstoff. Der Streifen ist zwar eingezont aber schwierig erschliessbar. Die Überbauung wäre aus Sicht des Stoffels und vom See her störend. Mit einer Umzonung, die aktuell im Bauamt öffentlich

aufgelegt ist, will der Stadtrat dieses alte Problem lösen. Verständlich und vermutlich gut gemeint. Warum aber nicht gleich die ganze Sache regeln? Wovor hat der Stadtrat Angst? Oder hegt er doch den Hintergedanken, vom Stoffel mit Salamtaktik scheinbarweise Bau-land abzuschneiden?

SP-INITIATIVE SCHAFFT KLARE VERHÄLTNISSE Mit der Initiative «Stoffel bleibt grün!» will die SP, dass endlich Klarheit geschaffen wird. Mit der zunehmenden Überbauung vieler Grünparzellen in Wädenswil und dem fast

durchgehenden Siedlungsbrei entlang dem Zürichsee macht es keinen Sinn mehr, den Stoffel für weitere Überbauungen in Reserve zu halten. Es wird Zeit, dass diese grüne Lunge zwischen der Au und Wädenswil gesichert wird! Mit einer definitiven Umzonung des ganzen Stoffelgebiets gewinnt der Stadtrat den Spielraum, um für die Probleme zur Überbauung der bereits eingezonten Randgebiete beim Stoffel vernünftige Lösungen zu finden. ■

CHANCENGLEICHHEIT FÜR KINDER UND ELTERN **Kinderbetreuung JA!**

JULIA GERBER RÜEGG, KANTONS RÄTIN SP,
PRÄSIDENTIN GEWERKSCHAFTSBUND ZÜRICH

Im Kanton Zürich gibt es nur für jedes zehnte Kind einen Betreuungsplatz. Die regionalen Unterschiede sind gross: 60 Prozent der Plätze konzentrieren sich auf die Städte Zürich und Winterthur. 134 ländliche Gemeinden bieten zusammen nur gerade 10 Prozent aller Plätze an und in 50 Gemeinden gibt es gar nichts.

Die Volksinitiative «Kinderbetreuung JA!» will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ganzen Kanton Zürich sicherstellen und verbessern. Ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen trägt zu guter Lebens- und Arbeitsqualität bei und schafft günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der Kinder. Familienergänzende Kinderbetreuung fördert zudem die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann. Mehr Frauen und Männer werden den Schritt zur Elternschaft wieder wagen und gleichzeitig an einer Erwerbstätigkeit festhalten – das nützt der Wirtschaft und den Familien. Zu Recht steht deshalb in der Kantonsverfassung, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern sei.

CHANCENGLEICHHEIT GEMEINSAM VERBESSERT Alle Eltern sollen dasjenige Familienmodell wählen können, welches ihren Bedürfnissen entspricht, unabhängig vom Wohnort. Darum ist in der Initiative vorgesehen, dass der Kanton sich engagiert und die Gemeinden finanziell entlastet. Das ist gerechtfertigt, denn nachweislich zahlen sich Investitionen in die Kinderbetreuung in Form von zusätzlichen Steuereinnahmen für den Kanton aus. Im Unterschied zur Initiative verzichtet der Gegenvor-

schlag auf eine finanzielle Beteiligung des Kantons. Dadurch wird es noch lange dauern, bis die Chancenungleichheit nach Wohnort behoben sein wird.

ELTERN TARIFE DÜRFEN DIE VOLLKOSTEN NICHT ÜBERSCHREITEN. Die Initiative sieht Elternbeiträge vor. Sie sind den Einkommen der Eltern anzupassen, damit sich alle Eltern familienergänzende Kinderbetreuung leisten können. Gut Verdienende sollen aber nicht mit überhöhten Tarifen andere Betreuungsplätze quersubventionieren müssen.

Darum sieht die Initiative auch vor, dass der Maximaltarif die Vollkosten nicht überschreiten darf.

DIE RICHTIGEN ANREIZE SETZEN Sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag verlangen von den Gemeinden, für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu sorgen. Der Gegenvorschlag lässt aber den Gemeinden punkto Tarifgestaltung freie Hand. Gemeinden, die nur wenig Geld für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen können, werden höhere Tarife verlangen. Hohe Tarife setzen falsche Anreize und führen zu kleinerer Nachfrage, so dass in einzelnen Gemeinden weniger Betreuungsplätze angeboten würden als in anderen.

EIN DOPPELTES JA MIT VORZUG FÜR DIE INITIATIVE Dass der Kantonsrat bereit ist, familienergänzende Kinderbetreuung konkret zu fördern ist erfreulich. Der Gegenvorschlag geht in die richtige Richtung. Die Initiative der Gewerkschaften bietet aber Gewähr dafür, dass das Angebot rascher und zielgerichteter ausgebaut wird.

Den Stimmberechtigten empfehle ich deshalb ein doppeltes Ja in die Urne zu legen und der Initiative den Vorzug zu geben. ■



Am 13. Juni:

KINDERBETREUUNG
2xJA zu Initiative und Gegenvorschlag
Stichfrage: Volksinitiative

ERNEUERUNGSWAHLEN SCHULPFLEGE

Fähig, erfahren, einsatzbereit - diese Schulpflegerinnen braucht unsere Schule

OBERSTUFENSCHULPFLEGE:



EVA WILLUMAT ROTH

Als Lehrerin und ehemalige Schulleiterin einer Oberstufe kennt Eva Willumat das Schulwesen gut und konnte in den letzten 8 Jahren als Schulpflegerin von diesem Erfahrungsschatz profitieren. Als Verantwortliche für die Ressorts Schuleinheiten und Unterricht ist es ihr ein Anliegen, den Schülerinnen und Schülern ein gutes Arbeitsklima und den Lehrpersonen optimale Arbeitsbedingungen zu bieten. Sie setzt sich dafür ein, dass die kantonale Volksschulreform an der OSW moderat und für alle Beteiligten akzeptabel umgesetzt wird, sodass die Qualität des Unterrichts stets gesichert ist. ■

PRIMARSCHULPFLEGE:



ESTHER STEHRENBERGER, MARIANNE MOGY UND ANITA WEILENMANN

Die drei SP-Primarschulpflegerinnen bringen langjährige Erfahrung und einen guten Leistungsausweis mit. Esther Stehrenberger Ruoss ist Präsidentin des Ressorts Familienergänzende Betreuung und der Arbeitsgruppe Tagesschule. Marianne Mogy gehört der Projektgruppe Tagesschule an und ist Mitglied der Personalabteilung. Anita Weilenmann ist Mitglied der Geschäftsleitung und Vorsitzende des Ressorts Schülerbelange. Allen drei Schulpflegerinnen sind das Wohl der Kinder, die Unterstützung der Lehrkräfte und zeitgemässe Tagesstrukturen das Hauptanliegen. Sie setzen sich für eine starke Volksschule ein, auf die die Bildungsstadt Wädenswil stolz sein kann. ■

13.06.2010

Abstimmen

**KEINE
EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN**

KANTONALE VORLAGE



kinderbetreuung JA!

Am 13. Juni 2010: **2x Ja** zu Initiative und Gegenvorschlag; Stichfrage: Volksinitiative.

JA Volksinitiative
«Kinderbetreuung Ja!» –
(Gesetz über die Kinderbetreuung)

JA Gegenvorschlag des Kantonsrates:
Jugendhilfegesetz (Änderung vom
7.12.2009; Familienergänzende
Betreuung)

BEI STICHFRAGE Volksinitiative

BEZIRK HORGEN

Ersatzwahl eines teilmittlichen
Mitglieds (45%) des Bezirksgerichts
Horgen.

KOMMUNALE VORLAGEN

Wahl der Oberstufenschulpflege:
EVA WILLUMAT ROTH

Wahl der Primarschulpflege:
**MARIANNE MOGY
ESTHER STEHRENBERGER
ANITA WEILENMANN**



HOCHAKTUELL

Temporär - Der Wandel in Wädenswil

Bis Mitte Oktober ist das Alte Feuerwehrhaus ein historisches Museum. Der Wandel der Textilindustrie, die Gestaltung des Seeufers, die Veränderungen des Obstanbaus und die Bemühungen um die bauliche Infrastruktur: Bis zum 13. Juni zeigt die Historische Gesellschaft in einer ersten Ausstellung wie sich Wädenswil im Laufe von zwei Jahrhunderten vom Bauerndorf bis zum Bildungsstandort gewandelt hat. Innerhalb von vier Themenbereichen richtet sich in der Ausstellung der Blick aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft. Wie sich das Seeufer vom Arbeitsplatz zum Vergnügungsplatz gewandelt hat, oder wie sich der Gürtel von Hochstammäbäumen rund um Wädenswil durch den Kampf gegen den Alkoholismus und durch Baulandnachfrage reduzierte. Wie Stoffe erst in Heimarbeit, später in der Fabrik gewebt wurden und was heute noch hergestellt wird. Oder wie sich der Galgenrain vom zeitweiligen Burghügel bis zum heutigen Einfamilienhausquartier gewandelt hat. Alles Geschichte? Wie dieses So! beweist, sind die Themen der Ausstellung hochaktuell! ■

Öffnungszeiten:

Mi, Do, Sa: 14 bis 17 Uhr / So: 10 bis 18 Uhr
Auffahrt, Pfingstsonntag, Pfingstmontag:
10 bis 18 Uhr

Öffentliche Führungen:

30.5., 6.6. jeweils um 11 Uhr

INFOS www.historische.ch

Im Giessen entscheidet sich's



Die SP Wädenswil informiert



WILLY RÜEGG, GEMEINDERAT UND PRÄSIDENT DER SP WÄDENSWIL

Die «Peach Property Group» erstellt Gebäude, die teilweise auf Konzessionsland stehen. Ist das legal? Konzessionsland gehört dem Kanton, sagt der Verein «Rives Publiques», also soll der Seeuferweg drauf gebaut werden. Richtig, findet die SP Wädenswil: Der Stadtrat soll neu verhandeln.

Im Giessen will die Peach Property Group Luxuswohnungen bauen, die für 2 bis 6 Millionen Franken zu kaufen sind. Logisch, für Wohnungen an exklusiver Lage und direkt am See, mit 120 bis 290 Quadratmetern Fläche, haus-eigenem Wellness-Bereich, unterirdischen Garagen und privaten Bootsplätzen kann ein happiger Preis verlangt werden. Entsteht hier ein «Ghetto der Superreichen», wie es Verkaufs-inserate erwarten lassen, die unter anderem in Russland erscheinen? Offensichtlich werden wohlhabende Leute angesprochen, die einen Teil ihres Reichtums im Ausland sichern wollen. Steuerflüchtlinge oder Grossinvestoren?

KONZESSIONSLAND Ein rechter Teil der Halbinsel Giessen wie auch der übrigen Uferpartien am See besteht aus Konzessionsland. Land also, welches durch Aufschüttung dem See abgerungen worden ist. Dafür brauchte es schon vor 100 Jahren einen Nutzungszweck und eine Bewilligung des Kantons, weil die Gewässer dem Kanton gehören. Am linken Ufer wurden Aufschüttungen oft mit dem Bau der Eisenbahn begründet. Im Gegensatz zu heute war Uferland damals für Wohnzwecke nicht gesucht.

Manche Rechtskundige sind der Meinung, dass Konzessionsland an den Kanton zurückfallen solle, sobald der Nutzungszweck laut Konzessionsurkunde nicht mehr gegeben sei. Ein Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand ist gesetzlich verankert und Konzessionen müssen laut Bundesgericht befristet werden. Der Regierungsrat hat in den 1990er Jahren der Verwaltung die Weisung erteilt, Konzessionsland wie Eigentum zu betrachten. Die SP teilt diese Auffassung nicht.

WAS TUT DER STADTRAT? Im Verkaufsprospekt der «Peach Property Group» traten 2009 der damalige Bauvorstand und der Stadtpräsident als «Kronzeugen» auf, um die Qualität des Giessen-Projekts zu loben. Dabei dachten sie wohl allein an die zusätzlichen Steuererträge aus Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Denn ob die künftigen Besitzer auch Einkommenssteuern zahlen werden, ist noch offen. Weshalb strebten die Stadträte keine bessere Lösung für den Seeuferweg an? Weshalb wurde nicht die Fertigstellung des fehlenden Teilstücks vom Giessen zum Bahnhof ins Auge gefasst? Weshalb hat sich der Stadtrat nicht bemüht, die Interessen der Stadtöffentlichkeit besser wahrzunehmen?

SP-VOLKSINITIATIVE Eine ganze Reihe von Vorstössen von SP-Politikerinnen und Politikern sind in den letzten Jahren eingereicht worden, mit denen die Fragen rund um das Konzessionsland und den Seeuferweg geklärt werden sollten. Die meisten wurden abgelehnt oder bloss oberflächlich beantwortet. Im Wädenswiler Gemeinderat ist am 12. April 2010 ein SP-Postulat zum Giessen von der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit versenkt worden. Eine Interpellation der EVP ist noch hängig. Die SP-Bezirksparteien und Sektionen rund um den See haben deshalb beschlossen, eine Volksinitiative zu lancieren, mit der die Schaffung eines durchgängigen Seeuferwegs am Zürichsee verlangt wird. Die Unterschriftensammlung wird schon bald beginnen. Im Kanton Schwyz und auf nationaler Ebene sind ähnliche Initiativen in Vorbereitung.

BAUREKURS STEHT BEVOR Privatleute und zwei interessierte Organisationen schlagen hingegen den Rechtsweg ein. Sie werden Rekurs gegen die Baubewilligung einlegen, weil sie Gesetze verletzt sehen. Die Gerichte werden sich also mit der zweiten Bauetappe auf dem Giessen befassen müssen. Das Bauvorhaben wird zeitlich in Verzug kommen. Ob dies wohl die Motivation erhöhen wird, eine einvernehmliche Lösung zu finden? ■

Unsere Autoren



Sepp Dorfschmid
Was lange währt, wird endlich gut: «Der Stoffel bleibt grün!»



Julia Gerber
Ein JA zur Kinderbetreuungsinitiative fördert gleiche Chancen für alle Familien im Kanton



Willy Rüegg
Baut die «Peach Property Group» den Seeuferweg bis zum Bahnhof Wädenswil fertig?

- Ich will mehr über die SP erfahren
- Ich möchte der SP beitreten
- Senden Sie mir Informationen über folgendes Thema:

Name

Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

SP Wädenswil
Postfach, 8820 Wädenswil
vorstand@spwaedenswil.ch



So! Nr. 3, Mai 2010
Die SP Wädenswil informiert

Sozialdemokratische Partei Wädenswil,
Postfach 464, 8820 Wädenswil
Konto Postfinance: 80-43003-3,
erscheint 3 – 4 mal jährlich, Auflage: 8'500 Ex.
Preis: Abonnement Fr. 12.–,
Unterstützungs-Abonnement: Fr. 25.–
Redaktion: Bea Gmür, Thomas Hartmann
und Hansjörg Schmid
so@spwaedenswil.ch, www.spwaedenswil.ch

Layout, Satz, Produktion: Schuwey! Wädenswil
Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil